

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.88 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 35 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 577.

Nr. 172.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 26. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Gott will weder Tat ohne Herz, noch Herz ohne Tat. Barmherzig sein wollen und nicht Barmherzigkeit üben, ist Selbstbetrug. Gutes tun und kein göttlich, liebevolles, williges Herz dabei haben, ist Heuchelei. Bengel.

Die neue Verwandtschaft.

... wer ist meine Mutter und wer sind meine Brüder? Und reichte die Hand aus über seine Jünger und sprach: Siehe da, da ist meine Mutter und meine Brüder. Denn wer den Willen tut meines Vaters im Himmel, derselbige ist mein Bruder, Schwester und Mutter. Matth. 12, 48—50.

Jesu Mutter und seine Brüder wollen sich zu ihm drängen, während ein Kreis zuhörender Jünger — im engeren und weiteren Sinn — um ihn versammelt ist. Seine Blutsverwandten glauben ein Vorrecht vor allen anderen in dem Anspruch an ihn zu haben. Aber Jesus streicht diesen Anspruch mit dem Wort: „Wer den Willen Gottes tut, der ist mein Bruder, Schwester und Mutter.“

Man hat gesagt, Jesus habe keinen Familiensinn gehabt. Aber man kann ja andererseits kein schöneres Beispiel der liebenden Fürsorge des Sohnes für seine Mutter finden, als das Wort dessen, der noch in den Kreuzesqualen für die Mutter sorgt (Joh. 19, 26 u. 27). Ja, selbst in dem obigen Wort tritt der Familiensinn Jesu deutlich hervor. Er sagt ja nicht: wer den Willen Gottes tut, der gilt mir mehr als Bruder, Schwester und Mutter, sondern der ist mit mir verbunden in einer Verwandtschaft, die der Blutsverwandtschaft gleichkommt. All das liebevolle, schützende, heimliche, wärmende, was in der Blutsverwandtschaft geschenkt wird, soll uns in dieser neuen Verwandtschaft wohl in neuer, aber durchaus nicht etwa in abgeschwächter Weise zuteil werden. Er selbst, die Quelle des Lebens, im Mittelpunkt dieser Verwandtschaft; läßt sich irgend ein trauriger oder auch feingebildeter Familienkreis hiermit vergleichen? Müßte es nicht jedem Christen das größte Anliegen sein, in diese neue Verwandtschaft hineinzugehören?

Aber hier gibt's keine Vorrechte. Jesus bevorzugt keine Rasse, keine Kirche als solche, keinen Stand. Kein Vorrecht des Reichen, aber auch kein Vorrecht des Proletariats. Läßt er das stärkste natürliche Vorrecht, das der Mutter, nicht gelten (hier ist dem Marienkult ein für alle Mal die Wurzel abgeschnitten) so fallen auch alle anderen Vorrechte ganz dahin. Für den, der zur Familie Jesu, der neuen Verwandtschaft, gehören will, gilt nur eins: Den Willen Gottes tun. Darum ist er das Haupt dieser Familie, nicht wie ein Sektenhaupt, das sich selber groß macht, sondern weil er der ist, der den Willen Gottes ganz tut. Und indem er ihn ganz tut im ganzen Gehorsam gegen Gott, den Vater, und in der ganzen Liebe zu den Menschen, uns auch hilft, diesen Willen zu erfüllen. Ganz Mensch, der auch bei uns nur nach dem Menschen fragt und nach nichts anderem. Und gerade so ganz Gott, der unsere Sünde ganz kennt und selbst in unsere Hölle hinein sein Vergeben senkt.

Nun gilt's lauschen darauf, wie der Wille Gottes geschieht. Nun kann gelegentlich der Abergläubische und Freidenker, der Rassenfremde den deutschen evangelischen Christen beschämen (Luk. 10, 29—37). Aber freilich das zeigt sich gerade hier — das Tun des Willens Gottes beginnt damit, daß man auf Jesus hört. Schon dieses Hören, wenn es ein wahrhaftiges Hören ist, das sich alles sagen läßt, führt uns in die neue Verwandtschaft hinein.

Nur keine neuen Vorrechte schaffen! Wer den Willen Gottes tut. Hier ist immer Gegenwart. Man wird nicht einmal abgestempelt als Kind Gottes und bleibt es dann von selbst. Glaube und Liebe sind immer in Bewegung.

Wer hilft gegen die Risse im Einzelnen, Familienleben, im Völkerverleben? Jesus ist da und um ihn seine große Familie, die immer mehr wächst. Ihr allein kann und muß durch Ihn der Sieg gehören. W-m.

Umschau.

Erfolgloser Besuch in Paris. — Mageres Ergebnis in London. — Wieder kurzfristige Verschuldung. — Internationale Prüfungskommission. — Frankreichs Angriff auf die deutschen Sozialabgaben. — Verschleierte Hungersnot.

Es gehörte wahrhaftig keine besondere Sehergabe dazu, dem Besuche unseres Reichskanzlers und Außenministers in Paris von vornherein jeden Erfolg abzuspüren. Wenn nun dieser Besuch doch stattgefunden hat, so mag das eine diplomatische Notwendigkeit gewesen sein, — ein positiver Schritt vorwärts war er nicht. Auch die schönen Erklärungen der beteiligten deutschen und französischen Staatsmänner über die „Inangriffnahme einer weitgehenden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich“ durfte man nicht allzu wörtlich nehmen. Bei solchen Gelegenheiten wird eben immer ein bißchen Theater gemacht, und wer zwischen den Zeilen diplomatischer Erklärungen zu lesen versteht, der sah ohne große Mühe, daß im Grunde alles beim alten geblieben war. Wer jedoch noch immer Hoffnungen auf eine Rückkehr Frankreichs zur Vernunft hegte, der wurde eines anderen belehrt, als ausgerechnet während der Londoner Verhandlungstage die unerhörte französische „Abriistung“-Note veröffentlicht wurde, die von den Amerikanern als der „schwerste Schlag gegen Hoovers Abriistungspolitik“ bezeichnet wird. In dieser Note steht sich Frankreich ja nicht nur für die Aufrechterhaltung des übersteigerten französischen Rüstungsstandes ein, sondern es spricht uns nach wie vor kategorisch das Recht auf eine noch so beschiedene Verbesserung unserer Verteidigungsmittel ab. Ferner wurde der wahre Charakter Frankreichs mit dankenswerter Offenheit durch den französischen Kriegsminister Maginot bloßgelegt, der in einer Rede vor französischen Frontkämpfern und Kriegshinterbliebenen in Montmedy erklärte: „Ich kann nicht zulassen, daß man vor einem Volk kapituliert, das stets den notwendigen Kredit zu finden wußte, um seinen kriegerischen Bedürfnissen zu genügen. Für den Augenblick erfordert der Friede andauernde Bemühungen. Zwei Dinge sind notwendig, um ihn zu verwirklichen: die friedlich gesinnten Länder müssen stark bleiben und die kriegerisch gesinnten den Mund halten! Wir sind nicht Besiegte, sondern Sieger!“ Also eine ganz plumpe Neuaufstellung der Kriegsschuldfrage, während die Regierungskollegen des Herrn Maginot zu Paris einen „Verständigungswillen“ vortäuschten, der mit der französischen Mentalität einfach unvereinbar ist und der natürlich nur bekundet wurde, um die deutschen Staatsmänner einzulullen und zur Annahme der politischen Bedingungen Frankreichs (Verzicht auf deutsch-österreichische Zollunion, Ostloano, Einstellung der Panzerschiffbauten, Verbot des Stahlhelms usw.) willfährig zu machen. Und wenn man unter dem ersten Eindruck der Pariser „Verständigungserklärungen“ — Frankreich kennt eine Verständigung nur auf Kosten Deutschlands — der Meinung sein konnte, daß sich unsere Staatsmänner zu unverantwortlichen Konzessionen hätten hinreißen lassen, so hat man doch sehr bald den Eindruck gewonnen, daß es sich bei den gegenseitigen „Verständigungs“-Beteuerungen um reine Höflichkeitsschönsprüche gehandelt hat und daß es in Paris weder Sieger noch Besiegte gab. Und es würde sich mit unserem Prinzip, den Handlungen unserer Staatsmänner in ehrlicher und parteipolitisch nicht einseitig gebundener Weise gerecht zu werden, nicht vereinbaren lassen, wenn wir nicht anerkennend hervorheben würden, daß sich insbesondere Herr Dr. Brüning den Franzosen gegenüber fauber und makellos geschlagen hat. Und wenn ein Franzose sagte, daß ihm in Brüning die Charakterfestigkeit in physischer Gestalt gegenübergekommen habe, dann ist das ein Zeugnis, das in kleinlicher Weise zu bekräftigen u. E. kein Anlaß vorliegt.

Ob aber dem Reichskanzler mit seinem Kampf um neue Auslandsanleihen ein im Interesse unseres deutschen Volkes zu begrüßender Erfolg beschieden sein wird, das ist es, was wir auf das stärkste bezweifeln. Wir würden in dem völligen Fehlschlagen dieses Kampfes gar nicht einmal ein Unglück sehen. Was ist mit neuen Anleihen gewonnen? — Eine neue Atempause, eine neue Galgenfrist. Diese Galgenfristen aber werden mit der ständig wachsenden Zinslast, die wir für die katastrophal anschwellenden Auslandschulden aufzubringen haben, immer kürzer und die entsprechenden Krisen immer unheilvoller. Und hier eben trennen sich die Wege: die einen wollen — wenn auch unbewußt (was wir ganz besonders betonen) — mit Hilfe der bisherigen Methoden, nämlich mit international verflochtenen Auslandsanleihen Deutschland retten und die anderen bauen auf

Deutschlands eigene Kraft, gerade auch in währungs- politischer Beziehung. Wir sagen nichts neues, wenn wir uns zu der Auffassung der Letzteren bekennen. Vorschläge in dieser Richtung sind im „Aufwärts“ ja schon seit Jahr und Tag gemacht worden. So sehr wir uns also über Brünings Festigkeit in Paris freuen, so bedenklich erscheint uns das Ergebnis der Londoner Konferenz, das wieder das Damoklesschwert der kurzfristigen Kredite über unsere Häupter hängt und uns außerdem eine internationale Kommission von Bankiers und Wirtschaftlern beschert, die von Berlin aus die deutschen Wirtschaftsverhältnisse prüfen sollen. Wenn amtlich verlautet, „daß unter keinen Umständen die Ansicht aufkommen dürfe, daß es sich hierbei um irgendeine Art von Kontrollkomitee handle“, so mag das an sich richtig sein. Aber hat denn Hoover nicht selbst erklärt, daß er von der deutschen Regierung durchaus zutreffend über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage unterrichtet worden wäre? Wozu also noch eine internationale Finanzkommission? Prüfung und Kontrolle — wo liegt da die Grenze? Und steht nicht zu befürchten, daß wir seitens der internationalen Prüfungskommission „Hinke“ und „Ratschläge“ zu gewärtigen haben, die unter das altbekannte Wort fallen: „Ihr Wunsch sei mir Befehl!“ — Auf welche Dinge diese „Wünsche“ hinauslaufen können, geht aus einem längeren Aufsatz hervor, den wir im „Temps“ finden. Die Franzosen haben sich zwar durch ihre halsstarke, brutal deutschfeindliche Haltung in London völlig isoliert, aber sie haben die Hoffnung auf einen alsbaldigen neuen Zusammenbruch Deutschlands und in Verbindung hiermit auf einen neuen Canossagang nach Paris nicht aufgegeben, von dem sie sich dann die endgültige Kapitulation der Deutschen versprechen. In dem eben erwähnten Aufsatz heißt es, „Frankreich sei zwar geneigt, Deutschland in weitestem Maße zu helfen (!), aber nur gegen finanzielle und politische Garantien. Es werde sich keine französische Regierung finden, die von dieser Haltung abginge. Die Deutschen würden unter dem Zwang ihrer Lage die Aussprache wieder auf das Gebiet der direkten französischen Verhandlungen in Paris verlegen“. Und dann heißt es — worauf wir eigentlich hinauswollten — in einer wirtschaftspolitischen Abhandlung weiter, „daß Deutschland allein für die Sozialversicherung Lasten zu tragen habe, die fast dem gesamten französischen Haushalt gleichkämen.“ Daß diese hohen Sozialausgaben zum wesentlichen Teil aus den Tributen resultieren, die wir an Frankreich zahlen müssen, wird füglich unterschlagen. Es folgt dann eine sehr scharfe Kritik der deutschen Sozialausgaben, die als „sozialistische Verschwendungssucht“, ja, als „sozialistische Trunkenheit“ bezeichnet werden, und es wird erklärt, daß nur durch eine „tiefgreifende chirurgische Operation“ in dieser Beziehung etwas erreicht werden könne! Wir plaudern Grund zu der Befürchtung zu haben, daß hier ein Problem angeschnitten ist, das auch von der internationalen Finanzkommission sehr scharf ins Auge gefaßt werden wird.

Daß die deutsche Sozialgesetzgebung reformbedürftig ist, wissen wir alle. Aber das deutsche Volk wird sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren müssen, daß von den Sendboten des Westkapitalismus eine Einrichtung in Frage gestellt wird, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte als eine soziale Notwendigkeit allerersten Ranges erwiesen hat. Man sagt doch wirklich nichts neues, wenn man es offen ausspricht, daß wir in Deutschland schon seit dem letzten Herbst eine verschleierte Hungersnot allergrößten Ausmaßes haben. Wer das nicht zu glauben vermag, der schaue hinein in die Familien unserer Arbeitslosen. Man hat errechnet, daß bei diesen unglückseligen Opfern des deutschen Wirtschaftszersfalls die unter allen Umständen erforderliche Mindesternährung nur mit 35 bis 50 Prozent erreicht, in unzähligen Fällen sogar noch unterschritten wird. Bligt allein dieser Tatbestand schon die größten leiblichen und seelischen Gefahren — insbesondere für die aufwachsende Generation — in sich, so würde die Verschlagung unseres sozialen Gesetzwerkes die vollendete Bolschewisierung Deutschlands bedeuten.

Aus all diesen Gründen halten wir es für eine Gewissenspflicht, immer wieder auf die eiserne Notwendigkeit hinzuweisen, aus eigener Kraft und mit Gottes Hilfe über unsere verheerende Krise hinwegzukommen. Wir müssen das äußerste versuchen, um wieder Herr in eigenen Hause zu werden, gerade auch in währungs- und finanzpolitischer Beziehung. Solange das Versäulter Diktat nicht wankt und solange wir den Weg aus den Fesseln des internationalen Goldkapitals nicht finden, leuchtet uns das Morgenrot der Freiheit nicht. Und so sehen wir in dem düsteren Ergebnis der Londoner Konferenz,

das uns nach dem Urteil eines führenden amerikanischen Finanzmannes vor eine noch schlimmere Lage als vor der Hoover-Aktion stellt, durchaus kein Unglück. Vielmehr begrüßen wir es aufrichtig, daß dem deutschen Volk nun endlich die Augen darüber geöffnet sind, daß es vom Ausland nichts zu erwarten hat und daß es völlig auf sich selbst gestellt ist. Mögen jene Kreise, die sich von den international-kapitalistischen Denkformen nicht frei zu machen vermögen, den Ausgang der Londoner Konferenz eine „große Enttäuschung“ nennen. Wir halten das deutsche Volk für stark und intelligent genug, um auch ohne das satanische Gold der Weltbankiers mit der gegenwärtigen Krise fertig zu werden. Das ist unser Optimismus! Das ist unsere Hoffnung!

Ostlocomo – der politische Selbstmord Deutschlands.

Von Robert Bell, Warwick

Immer wieder, nicht zuletzt bei den Verhandlungen der Minister in Paris und London, stellt Frankreich als Wortführer Polens die Forderung nach einer „freiwilligen“ Garantie der Versäufelung der Ostgrenzen durch Deutschland auf. Die nachstehende Beurteilung des „Ostlocomo“ durch einen Engländer wird daher von besonderem Interesse sein.

Neben dem Interesse Englands an dem weiteren Verlauf der Wirtschaft- und Finanzkrise in Deutschland, die auch das englische Wirtschaftsleben in empfindlichem Maße berührt, sind heute die politischen Folgen dieses Unheils, das über Deutschland hereingebrochen ist, für Großbritannien durchaus nicht gleichgültig. Der Wunsch Großbritanniens ist die Wiederherstellung ruhiger und stabiler Verhältnisse auf dem europäischen Festlande, die die Grundlage für die Wiederherstellung eines geordneten Wirtschaftslebens sind. Dies ist auch ersichtlich aus den Besuchen der deutschen Minister in Chequers und jetzt in London.

Wohl ist es richtig, daß die öffentliche Meinung Englands die politischen Forderungen, die Frankreich für den Fall einer Kredithilfe an Deutschland zu stellen beabsichtigt, mehrfach erwähnt und erörtert hat, wie vor allen Dingen die Aufgabe der deutsch-österreichischen Zollunion und die Einschränkung der Kriegsschiffbauten. Fast gar nicht sind aber bisher die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen Frankreichs auf Schaffung eines Ostlocomo erörtert worden, das in ähnlicher Weise wie die Garantie der westlichen Grenzen Deutschlands eine Garantie der jetzigen deutschen Ostgrenzen schaffen soll. Diese Tatsache hängt zusammen mit dem berechtigten Widerstreben der öffentlichen Meinung Englands, Verpflichtungen bezüglich der Regelung politischer Grenzen auf dem europäischen Festlande zu übernehmen, wie das schon früher in den Beratungen des Völkerbundes zum Ausdruck kam, wenn Polen mit Unterstützung Frankreichs derartige Forderungen aufstellte.

Heute aber, wo sich das Deutsche Reich in einer wirtschaftlich besonders ungünstigen Lage befindet, muß eine derartige Forderung Frankreichs in England nicht allein berechtigten Unwillen hervorrufen, sondern ihre Erfüllung würde in englischen Kreisen sogar einer weitgehenden Verständnislosigkeit begegnen, da England die gesamte Grenzregelung in Osteuropa als einen vorübergehenden Zustand ansieht, was sich auch bereits aus der Ablehnung Englands ergibt, für die Aufrechterhaltung eines solchen Osteuropas in irgendwelche Bindungen einzugehen. In englischen Wirtschafts- und politischen Kreisen ist heute bereits die Ansicht durchgesickert, daß vor allen Dingen der Weichselkorridor immer ein unhaltbarer Zustand sein muß, wie insbesondere in dem vielbeachte-

ten Buche von Sir Robert Donald „The Polish corridor and the consequences“ nachgewiesen worden ist, das in Großbritannien ein größeres Aufsehen erregt hat als auf dem Festlande bisher bekannt geworden ist.

Wenn heute Deutschland zur Erhaltung Ostpreußens und der anderen Ostgebiete ungeheure Summen an Subventionen zur Erhaltung der Wirtschaft in diesen Gebieten ausgeben muß, so können von jedem einsichtigen Wirtschaftler diese Folgen der Grenzziehung nur bedauert werden.

Für Großbritannien ist die starke Kohlenausfuhr Polens aus Polnisch-Oberschlesien nach den nordischen Ländern, Schweden, Norwegen und Dänemark, die polnische Kohle vor allen Dingen wegen ihrer Billigkeit kaufen, außerordentlich nachteilig. Es ist auffällig, daß die höhere Kohlenförderung Polnisch-Oberschlesiens in den Monaten April und Mai dieses Jahres auf die Vermehrung der Ausfuhr zurückzuführen ist, während der Absatz im Inlande mit Rücksicht auf die wachsende Konsumschwäche in Polen ständig weiter zurückgeht. Die Gesamtförderung in Polnisch-Oberschlesien belief sich im April dieses Jahres auf 2209 289 Tonnen, im Mai auf 2103 454 Tonnen. Nach dem Auslande gingen insgesamt im April 1931 947 301 Tonnen, im Mai 1017 667 Tonnen. Im Mai 1931 war der gesamte polnische Kohlenabfuhr in Höhe von 1 153 000 Tonnen um rund 215 000 Tonnen höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Wettbewerb der polnischen mit der englischen Kohle auf den nordischen Märkten muß jedenfalls die englischen Kohleninteressenten zu ernstem Nachdenken über eine Abwehr veranlassen, und der englische Kohlenbergbau hat sich bereits genötigt gesehen, den Kohlenpreis ab 1. Mai dieses Jahres um 2 sh 6 d zu ermäßigen. Gerade der polnische Hafen Gdingen und die polnische Kohlenbahn Oberschlesien-Gdingen mit ihren ungeheuren Vorzugstarifen haben dem englischen Kohlenbergbau ungeheuren Schaden zugefügt. Im Mai d. J. erreichten die Kohlenverladungen in Gdingen die Rekordhöhe von 377 000 Tonnen, hauptsächlich infolge starker Zunahme der polnischen Ausfuhr nach den nordeuropäischen Ländern, im gleichen Monat des Vorjahres wurden nur 228 000 Tonnen in Gdingen verladen.

Diese Tatsachen werden in Großbritannien ein um so größeres Unbehagen hervorrufen, wenn man daran denkt, daß die polnische Kohlenbahn, die den englischen Interessen so schädlich ist, vor wenigen Monaten vollkommen unter den Einfluß französischer Finanzinteressen geraten ist.

Eine Revision der deutschen Ostgrenzen kann daher Großbritannien nicht nur aus dem Grunde erwünscht sein, weil die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Fortfall der Subventionspolitik gegenüber den Ostgebieten gestärkt wird, sondern vor allen Dingen, weil England alsdann von einer wirtschaftlichen Gefahr befreit wird, die unter den heutigen Verhältnissen und Absatzschwierigkeiten auf allen Märkten als nicht gering veranschlagt werden kann. Englands Wirtschaftsinteressen sind Großbritannien wichtiger als politische Sonderwünsche Polens und Frankreichs. Deshalb müßte Großbritannien ein Eingehen auf diese französischen Forderungen nicht allein als eine Schwäche, sondern als einen politischen Selbstmord Deutschlands ansehen, der Deutschland die Möglichkeit wirtschaftlicher Entfaltung und Ausdehnung nach Osten für lange Zeit nehmen würde und die Herstellung einer wirklichen Befriedung Osteuropas nur verhindert.

Die Angeklagten im Eklat-Prozess haben ihre offizielle Ladung zur Hauptverhandlung für den 13. Oktober erhalten.

Das Buch der Bücher und die heiligen Bücher anderer Religionen.

(Schluß.)

Durch das Gesetzesstudium empfing der jüdische Geist seine Eigenart, zumal jeder jüdische Mann zum Gesetzesstudium verpflichtet war. Und dieses Gesetzesstudium schloß ins Unendliche an und schlug den jüdischen Geist in immer engere Fesseln, so daß unter seinem Einfluß die jüdische Religion immer mehr erstarrte zur peinlichen Ausübung der Talmudvorschriften, wobei das religiöse Fühlen und Denken völlig veräußerlichte. Wohl ist für den talmudisch erzogenen Juden Gott und Seine Offenbarung in der Form und Beleuchtung des Talmud erstes und höchstes und umfassendstes Interesse seines gesamten Lebens, aber durch ihn wurde auch der jüdische Geist fest in die Schranken einer rückständigen Religionsstufe hineingezwängt. Der Talmud ist ein Verfluß, unter dem Israel von jeder Weiterentwicklung seiner Religion und seines religiösen Lebens abgeriegelt gehalten wurde. Der Bruch mit dem Talmud bedeutet daher für das jüdische Volk Auflösung und Untergang seines geistigen Besitzes. Der prachtvolle Triumphbogen des Titus in Rom läßt heute noch die gefesselten jüdischen Männer und ihre Heiligtümer sehen, während fast alle Denkmäler römischer Siege in Trümmer fielen. Das Malzeichen jüdischen Elendes blieb bestehen, wie das jüdische Volk. Was wird länger bestehen: Das Denkmal jüdischer Gefangenschaft oder die talmudische Gefangenschaft des jüdischen Volkes?

Es gibt kein heiliges Buch auf Erden, das sich mit der Bibel vergleichen ließe und das nicht zugleich auch ein Hinweis wäre auf das Buch der Bücher! Der Edelmann, als welchen sich Konfuzius nicht zu bezeichnen wagte, ist erschienen in dem „Sohn des Menschen“, der auch denen, die die Wahrheit lieben und nicht in ihr die Erquickung finden können, zuruft: „Kommet her zu mir, Ihr Mühseligen und Beladenen, ich will Eurer Seele Ruhe schaffen!“ Und wenn Laoze als Höchstes das

„Wuwei“, das „Nicht machen wollen“ verkündet, das das Tao-gemäße Handeln zur zweiten Natur macht: Jesus kann dazu freimachen: „Wer den Sohn freimacht, der ist frei“, verkündigt er. Er ist auch für den Buddhisten des Ostens der Bringer göttlicher Gnade, weil er nach Gottes Willen den Weg zum Kreuz ging, um uns von unserem falschen Willen zu erlösen. Uns ist die Gnade kein Deckmantel dafür, um im widergöttlichen Wandel zu verharrern, sondern zugleich ernste Bejahung des göttlichen Willens, da wir nicht unter dem Gesetz leben, auch nicht ohne das Gesetz leben, sondern im Gesetz Jesu Christi stehen. Von unserem Gott wissen wir auch, wer Er ist. Der Gott, der in einem Lichte wohnt, da niemand hinkommen kann, ist auch der Gott, der sich in Jesus Christus offenbart hat. Die Bibel nennt aber Jesus das „Wort“ Gottes schlechthin. Darum wissen wir auch, was Hingabe an Gott darstellt. Jesus sagt: „Wenn Ihr in mir bleibt und meine Worte in Euch bleiben“, das ist das Entscheidende der Hingabe an Gott! Sie ist nichts anderes als die Bejahung des göttlichen Willens, des neuen Gebotes der Liebe, für das uns der Herr durch sein Erdenleben den rechten Inhalt gab. Seitdem Jesus erschienen ist, wissen wir, was Liebe ist, was Hingabe an Gott und was Gehorsam ist. Und unser Gott ist wahrhaft Gott, nichts darf außerhalb seiner neben Ihm bestehen haben. Wahrer Gottesglaube spricht: „Wenn ich nur Dich habe, so frage ich nichts nach Himmel und Erde.“ Wie könnte neben Ihm und an Ihm vorbei es einen Weg der Werke, des Wissens und der Meditation geben? Dieser heilige Gott schafft auch nicht, wie Allah, neben dem Guten das Böse, sondern Er verneint das Böse, weil Er der Gute schlechthin ist. „Er ist der Gute“, sagt Jesus zu dem reichen Jüngling. Wohl muß auch das Böse Ihm dienstbar sein. „Alle Dinge müssen uns zum Besten dienen.“ Aber Gott stellt das Böse unter Sein Gericht. Das Gerichtsurteil aber erfüllt Gott nach dem Maßstab der Erfüllung des Liebesgebotes: „Was Ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan“, sagt Jesus als Vollzieher des göttlichen Gerichts.

Ein Irrtum der Kapitalnotverordnung.

Das vergessene Auslandsdeutschtum.

Die wesentlichste Bedeutung der Notverordnung gegen die Kapitalflucht ist zweifellos nicht in der unmittelbaren Wirkung praktischer Art zu erblicken. Wir haben ja von früher her einige Erfahrung darin, daß sich abgewandertes Kapital auch mit scharfen Maßnahmen nur in bescheidenem Umfang zurückholen läßt. Auch eine weitere böswillige Kapitalverschiebung wird sich nicht durch die Gebühr von 100 Mark bei der Benutzung eines Auslandspasses ernsthaft verhindern lassen. Die wesentliche Bedeutung liegt also auf dem psychologischen Gebiet, insbesondere gegenüber dem Ausland. Um so mehr muß es bedauert werden, daß gerade die Bestimmung über die Zahlung einer Gebühr von 100 Mark für jeden Paß beim Grenzübertritt zu einer schweren und nachhaltigen Schädigung recht wesentlicher Teile des Auslandsdeutschtums führen kann. Es sollte sich daher schon lohnen, diesem Teil der Bestimmungen schleunigst durch eine Änderung ein anderes Gesicht zu geben.

So nützlich und erwünscht es ist, daß die sowieso von der Not der Zeit besonders hart betroffenen Kurorte und Bäder in Deutschland eine Verkehrsbelebung erfahren, so kann doch niemand ernsthaft wünschen, daß das auf Kosten des Auslandsdeutschtums geht. Bei der jetzigen Regelung ist das aber der Fall. Es handelt sich dabei nicht nur um Oesterreich oder um Danzig, wo das gesamte Staatsgebiet innerhalb des deutschen Siedlungsraums liegt, sodas eine Verkehrsbehinderung ausschließlich das Deutsche trifft. Nicht im mindesten anders ist es für die anderen Grenzgebiete, die heute im Rahmen eines fremden Staates liegen, für Memel etwa oder Nord-schleswig, für Cuxen-Malmedy, Elsfleth-Rothenburg oder Südtirol. Soll das Substanzdeutschtum auch von diesem kulturellen und wirtschaftlichen Schaden abgeschnitten werden und das Baltendeutschtum von den Verbindungen, die mühsam durch den Seebienst Ostpreußen geknüpft worden sind? Diese Art des Reiseverkehrs erfüllt eine kulturelle und nationale Mission, deren Bedeutung jedem klar ist, der etwa die besonders einleuchtenden Beispiele des Deutschösterreichischen Alpenvereins oder der Memelbäder auf der Kurischen Nehrung kennt.

Halbe Einsicht.

Die Ausführungsbestimmungen

zur 100 Mark-Berordnung.

Vorausgesetzt, daß inzwischen nicht schon wieder eine neue Notverordnung erschienen ist – man kommt ja bei der rastlosen Erzeugung umfangreicher Notverordnungen und dazugehöriger Ausführungsbestimmungen mit der Kritik auch bei größter Beschleunigung nicht immer rechtzeitig nach – ist zu den Ausführungsbestimmungen zu der Notverordnung, die die 100 Mark-Gebühr für die Ausreise einführt, festzustellen, daß man es leider wieder bei einer halben Einsicht und demzufolge bei halben Maßnahmen gelassen hat. Man hat Ausnahmen von der Ausreisegebühr zugelassen, die wenigstens den allerschwerwiegendsten Fällen gerecht werden. Aber es ist nicht damit getan, daß man einen Teil der Geschäftsreisenden mit großen Schwierigkeiten die Ausreise ohne Strafzahlung erlaubt und ebenso in dringenden Fällen die Reise zu Verwandten in den abgetretenen Gebieten. Hier fängt schon der Zweifel an. Soll die Feststellung des Deutschtums, die man mit den abgetretenen Gebieten verbindet, sich auf veraltete staatsrechtliche Begriffe

beschränken? man wenigstens bei freier Ausreise zum Auslande behandelnd, nicht in der ersten Verordnung die Verhandlungen vor dem Saal der 100 Mark

Nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten

Reichsbankpräsidenten am 1. Oktober, dürfte die Sterblichkeit der Sprengungen in den Stollen für die Stollenbauern man die kurze Abreise erfolgt fange belästigen, licher Ausprägungnahmen erörtert sind.

Am Montag Reichshauptstadt in Berlin sein. Nachmittags errichteten Stollen Berlin den Besuch der trifft, steht ein aber an, daß Septemberabend

Nach der Reichsbank öffnen, die durchgeführte, auf der darüber schlüssungsverkehr

Von einer Lungenperle keine Erfolge, führt, daß überbar nicht nur bevor. So hat eine weitere auf etwa 15 laufenden Reichsbankdist wie uns von Begründung.

Das andere Erhöhung des sehr begrenzte

— London 20.15 Uhr mit abgefahren.

Kurz vor Donnerstags mit großer Entgegen, oben den Sonntag tag wieder a. Stimmung mit den Plan, der lin vorgegeben habe nichts m. sondern sei ein

Die „un... Professor Gu... Die Ma...

— Frankf... tionalökonom... einem Kritike... fache der deu... keiten ihrer

In letzter lichen Repara... dem Kriege a... den vollständig... dikale Gerab... wohl dieses... so ist es jeden... die deutsche... näher zu unter... maßnahmen d... wesen sind... mehrere Mil... hatte, stellte... ein Lombard... ders hohes Z... aber nicht zu... fchränkung er... durch ganz a... seinem norma... fälligerweise... auftraten, so

beschränken? Es müßte doch selbstverständlich sein, daß man wenigstens all die deutschen Siedlungsgebiete, die bei freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Reich gehören würden, als abgetretene Gebiete behandelt. Also etwa Sudetendeutschland und natürlich in erster Linie Oesterreich. Begreift man nicht, welch schreiender Gegensatz zwischen dieser 100 Mark-Verordnung gegenüber Oesterreich und den gleichzeitigen Verhandlungen über die österreichisch-deutsche Zollunion vor dem Gaager Schiedsgericht besteht? Was die Geste der 100 Mark-Verordnung vielleicht als Beweis einer

übertriebenen und falsch geleiteten Sparsamkeit im Eindruck beim Ausland nützt, wird vielfältig zunichte gemacht durch die Schädigung der volksdeutschen und gesamtdeutschen Interessen in Europa. Als einen Ausfluß dieses Gefühls darf man wohl auch den Erlaß der Gebühr für die 15 000 Sozialisten und Kommunisten, die eine Vergnügungsreise nach Wien zum Arbeitersporttag machen, auffassen. Aber sollte nicht das Grenz- und Auslandsdeutschtum insgesamt ein Recht darauf haben, wenigstens ebenso wie marxistische Vergnügungsreisende seine Interessen berücksichtigt zu finden?

Kabinettsrat über London.

Nach der Rückkehr des Kanzlers. — Neue Erhöhung des Reichsbankdiskontes? In Erwartung Stimsons. — Berlin, 25. Juli.

Reichskanzler Dr. Brüning, der am heutigen Sonntag mit der deutschen Delegation wieder in Berlin eintrifft, dürfte sogleich dem Reichspräsidenten und dem Ministerkabinet über den Verlauf der Konferenz und der Besprechungen in Paris Bericht erstatten. In den Nachmittagsstunden trifft dann auch der amerikanische Staatssekretär Stimson in Berlin ein. Wie verlautet, trägt der Besuch Stimsons deshalb einen inoffiziellen Charakter, weil man die kurze Zeit, die Stimson in Berlin verbringt — die Abreise erfolgt Montag mittag — nicht durch offizielle Empfänge belasten wollte. Man hofft so, mit Stimson in gründlicher Aussprache die praktischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen erörtern zu können, die in nächster Zeit zu treffen sind.

Am Montag treffen die englischen Gäste in der Reichshauptstadt ein. Henderson wird bereits gegen 9 Uhr in Berlin sein, Ministerpräsident Macdonald wird für den Nachmittag erwartet, also zu einer Zeit, wo Staatssekretär Stimson bereits wieder verlassen haben wird. Was den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Aulard betrifft, steht ein Termin auch jetzt noch nicht fest. Man nimmt aber an, daß der französische Gegenbesuch noch vor der Septembertagung des Völkerbundes stattfinden wird.

Nach der Berichterstattung des Reichskanzlers wird das Reichskabinet die Diskussion über die Maßnahmen eröffnen, die nimmehr von Deutschland aus eigener Kraft durchgeführt werden müssen. Ebenso wird auch die Reichsbank, auf der jetzt eine große Verantwortung lastet, sich darüber schlüssig werden müssen, wie der normale Zahlungsverkehr wiederhergestellt werden kann.

Von einer weiteren elappenweisen Lockerung der Zahlungssperre verspricht man sich in den Kreisen der Banken keine Erfolge, hat dieses Vorgehen doch gerade dazu geführt, daß überall Zahlungsmittel gehamstert werden. Offenbar steht nun auch eine neue Erhöhung des Diskontsatzes bevor. So hört man davon, daß bereits Erwägungen über eine weitere Heraushebung des Reichsbankdiskontes von 10 auf etwa 15 Prozent im Gange sind. Die hier und da umlaufenden Gerüchte von einer beabsichtigten Erhöhung des Reichsbankdiskontes auf 25 Prozent entbehren dagegen, wie uns von gut unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, jeder Begründung.

Das ändert aber nichts daran, daß auch eine geringere Erhöhung des Diskontsatzes nur eine Notmaßnahme von sehr begrenzter Geltungsdauer sein kann.

Stimson in Berlin.

— London, 24. Juli. Staatssekretär Stimson ist um 20,15 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Berlin abgefahren.

Kurz vor seiner Abreise erklärte Stimson dem Londoner Korrespondenten der „Telegraphen-Union“, er sehe mit großem Vergnügen seinem Besuche in Berlin entgegen, obwohl dieser nur kurz sein könne. Er werde den Sonntag in Berlin verbringen und müsse am Montag wieder abreisen. Seine Reise erfolge in Uebereinstimmung mit dem von seiner Abreise aus Amerika gemachten Plan, der Besuche in Rom, Paris, London und Berlin vorgesehen habe. Sein Aufenthalt in Deutschland habe nichts mit finanziellen Angelegenheiten zu tun (?), sondern sei ein reiner Höflichkeitsbesuch.

Die „unmöglichen Reparationen“.

Professor Gustav Cassel an die deutsche Reichsbank. — Die Maßnahmen der Reichsbank unzulänglich.

— Frankfurt a. Main, 24. Juli. Der schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel äußert sich in einem Artikel in der „Frankf. Zeitung“ über die Ursache der deutschen Zahlungssstockung und die Möglichkeiten ihrer Behebung. Er führt u. a. aus:

In letzter Linie ist die Krise ein Ergebnis der unmöglichen Reparationsforderungen, die die Siegermächte seit dem Kriege aufrechtzuerhalten gesucht haben. Solche Krisen vollständig zu verhüten, ist nur möglich durch eine radikale Herabsetzung der Reparationsforderungen. Obwohl dieses Ziel eines der tiefsten Zusammenhänge ist, so ist es jedenfalls nicht ohne Bedeutung, die Art, in der die deutsche Geldpolitik der Krise entgegengetreten ist, näher zu untersuchen. Wir finden, daß die Verteidigungsmaßnahmen der Zentralnotenbank ganz unzulänglich gewesen sind. Nachdem Deutschland in einigen Wochen mehrere Milliarden Mark ans Ausland zurückgezahlt hatte, stellte ein Reichsbankdiskontsatz von 10 v. H. und ein Lombardzinsfuß von 15 v. H. nicht länger ein besonders hohes Zinsniveau dar. Die Reichsbank konnte sich aber nicht zu dieser vollständig natürlichen Krediteinschränkung entschließen, ehe das Geldwesen des Landes durch ganz außerordentliche Maßnahmen vollständig aus seinem normalen Funktionieren gebracht war. Wenn zufälligerweise große Ansprüche auf inländische Valuten auftraten, so muß die Zentralbank solche Ansprüche in

unbegrenzter Ausdehnung befriedigen und ihre sämtlichen Mittel zur Verfügung stellen, ohne Rücksicht auf eine so untergeordnete Sache wie die Forderung einer haltlosen Geheißgebung auf Golddeckung der Notenzirkulation. Jede Andeutung, daß die Kreditgewährung irgendwie rationalisiert oder ganz eingestellt werden wird, führt zu einer Erweiterung der Kreditansprüche. Die Reichsbank muß deshalb erklären, daß sie bereit ist, alle Ansprüche zu befriedigen. Gleichzeitig muß sie aber einen so hohen Preis für ihre Kredite setzen, daß es wenige lohnen wird, diese in Anspruch zu nehmen. Dann darf die Zentralnotenbank vor keinem Zinsfuß zurückschrecken. Als die 40 v. H. Grenze nicht aufrechterhalten werden konnte, begann man von einer 30 v. H. Grenze zu sprechen, anstatt einfach zu erklären, daß die Reichsbank ihre ganzen Mittel zur Verfügung stelle, zu der Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Es muß in einer Lage wie der jetzigen mit der alten Anschauung gebrochen werden. Als allgemeine Lehre, die man jetzt aus Deutschland ziehen muß, hat das zu gelten, daß eine Geldkrise nur mit wirtschaftlichen, der Natur der Sache angepaßten Mitteln bekämpft werden muß. Wir haben es hier mit einer gefährlichen Ueberschätzung der Macht der Geheißgebung zu tun und mit einer ebenso unerfreulichen Unterschätzung der Geldkräfte, die von einem genauen Beachten der natürlichen Geheiß im Wirtschaftsleben ausgehen.

Empörung über die Denkschrift.

Allgemeine Ablehnung des französischen Abrüstungs-memorandums.

Die französische Abrüstungsdenkschrift wird von der Presse zahlreicher Länder in wachsendem Maße abgelehnt. So ironisiert die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ die in der Denkschrift enthaltene Behauptung, Frankreich habe im Verlaufe eines Jahrhunderts drei „Ueberfälle“ erlebt. Das Blatt erklärt, in neuester Zeit seien gerade die Franzosen mit mehr oder weniger glücklichem Erfolg, auf jeden Fall aber mit bewundernswerter Hartnäckigkeit in fremde Gebiete eingedrungen. Im übrigen seien die französischen Grenzen durch einen ungeheuren Festungsgürtel geschützt, der, was das französische Memorandum verschweige, auch für die Offensiv vorzügliche Bedingungen schaffe. Was die französischen Kolonialtruppen anlangt, so wisse jedermann, daß sie als die Reserve für die europäischen Schlachtfelder dienen sollen. Auch davon spreche das Memorandum mit keinem Wort.

Wenn man die Angaben über die französische Abrüstung lese, meint das Blatt spöttisch, könnte man in die Versuchung geraten, Frankreich für alle Fälle einige Regimenter zur Verstärkung anzubieten, da es mit seinen wenigen Kräften doch nicht absolut beruhigt sein könne.

Auch in Frankreich selbst regt sich allmählich Widerstand. So bezeichnet z. B. der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, im „Populaire“ die Veröffentlichung der Abrüstungsdenkschrift als unstatthaft. Das Memorandum scheine von vornherein die Abrüstungskonferenz von 1932 mit einem Mißerfolg zu bedrohen. Die Regierung habe das Memorandum überflüssig veröffentlicht, ohne den Abschluß der Londoner Verhandlungen abzuwarten, und noch bevor das Parlament über den Wortlaut des Mandates sich ausgesprochen hätte; gleichsam als ob sie auch diesmal wieder sich von vornherein hätte binden, sich jede Rückzugsmöglichkeit hätte abschneiden, sich jeder Besserung und jeder vorherigen Regelung hätte entziehen wollen. Man müsse laut heraus erklären: Das ohne Genehmigung des Parlaments ausgearbeitete Memorandum verpflichte die Nation nicht.

So erfreulich diese Kampfanzeige ist, bei der Einstellung der Mehrheit des französischen Parlaments ist kaum anzunehmen, daß Léon Blum mit seiner Kritik Anklang finden wird.

Das Verfahren gegen Nordwolle

Fälschung der Bilanz?

Die Justizpressestelle Bremen teilt über das Verfahren gegen die in Konturs befindliche Norddeutsche Woll- und Kammgarnspinnerei mit:

„Der Untersuchungsrichter beschäftigt sich zur Zeit mit der Durchprüfung des Ultramar-Materials nebst Unterlagen. Die bisherigen Ergebnisse begründen den dringenden Tatverdacht, daß durch Buchungen über die Ultramar-Fälschungen der Bilanzen der Nordwolle vorgenommen worden sind. Bezüglich der Bilanz von 1929 besteht die begründete Annahme, daß Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 25 Millionen Reichsmark nicht aufgeführt worden sind, für das Jahr 1930 bewegen sich diese Ermittlungen in der gleichen Richtung. Sie sind bereits beträchtlich fortgeschritten. Eine vollständige Aufklärung dieser Vorgänge dürfte nach Angabe des Untersuchungsrichters in Kürze zu erwarten sein. Außerdem erstreckt sich das Ermittlungsverfahren in der Richtung des Betruges, begangen gegenüber den Banken, und auf Verstöße gegen Par. 312 des Handelsgesetzbuches. Die Angeklagten sind zum Teil mehrmals gehört worden. Eine Haftbeschwerde ist bislang von den Angeklagten Karl und Heinz Dahusen nicht eingelegt worden.“

Getarnte Kapitalflucht.

Innere Devisenbeschaffung.

Während sich internationale Konferenzen damit beschäftigen, wie Deutschland Kapital zugeführt werden kann, also Devisen, um über die schlimmsten augenblicklichen Schwierigkeiten wenigstens einmal auf kurze Frist hinwegzukommen, und während sich in Deutschland die Notverordnungen gegen die Kapitalflucht und zur Behebung des Zahlungsmittelmangels nur so häufen, ist merkwürdigerweise noch kaum von den vorhandenen Möglichkeiten einer inneren Devisenbeschaffung die Rede. Dabei gibt es auch heute noch, nachdem die letzten Schleier von der hoffnungslosen Verarmung gefallen sind, einen wirtschaftlichen Vorgang, der mindestens so schlimm ist wie die Kapitalflucht, nämlich die Kapitalvergeudung. Die Duldung von Einfuhren nach Deutschland auch in dieser Zeit des schlimmsten Kapitalmangels ist bei allen durch die heimische Erzeugung erzielbaren Waren weiter nichts als eine getarnte Kapitalflucht.

Dabei handelt es sich in erster Linie um landwirtschaftliche Erzeugnisse, um Lebensmittel. Die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln ist bis in die letzte Zeit hinein damit begründet worden, daß wir zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Volksernährung auf Zuschüsse aus dem Ausland nicht verzichten können. Man hat dazu die Gesichtspunkte von einer internationalen Arbeitsteilung in die Waagschale geworfen, um zugleich den angeblichen Zwang zur einseitigen Exportpolitik zu begründen. Der Export hat, wie nun in der großen Krise auch von seinen bisherigen Befürwortern zugegeben werden muß, keinen Gewinn gebracht; er ist zum großen Teil Verlustexport gewesen. Auch die internationale Arbeitsteilung hat sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit als Utopie entpuppt. Dafür hat aber die erste Woche seit dem Ausbruch der offenen Zahlungsmittelkrise bewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft ohne jede Schwierigkeit während des Stockens der Auslandszufuhr den Nahrungsmittelbedarf befriedigen kann, ohne daß die Verbraucherpreise in die Höhe schnellen. Inzwischen freilich hat im Zeichen der Kreditverhandlungen das Ausland wieder mit seinen Einfuhren begonnen, um sich die Vorteile von den erwarteten Deviseneingängen nach Deutschland zu sichern. Soll es wirklich auch nach der Lehre der Krisenwochen wieder so werden, daß ausländische Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und des Gartenbaus, fast hemmungslos nach Deutschland hereinkommen, während die deutschen Erzeugnisse, die zur Deckung des Ernährungsbedarfs, soweit er nicht überflüssiger Luxus ist, voll in der Lage sind, keinen Absatz zu angemessenen Preisen finden?

Während in London über die Beschaffung von 1½ bis 2 Milliarden Mark kurzfristig verhandelt wird, können wir auf dem Wege der Förderung der Landwirtschaft durch Einführung des lange versprochenen Schutzes der Veredelungswirtschaft und des Gartenbaus einen größeren Betrag jährlich langfristig ersparen. Zu dieser allein in unserer Hand liegenden inneren Devisenbeschaffung ist sogar nicht einmal eine Notverordnung erforderlich. Die Reichsregierung hat mit dem im Frühjahr beschlossenen zoll- und handelspolitischen Ermächtigungsgesetz alle erforderlichen Vollmachten. Wie will die Reichsregierung den Verzicht auf die Ausnutzung der Vollmachten weiterhin rechtfertigen?

Militärdiktatur

in Chile.

— Santiago de Chile, 24. Juli. Präsident Ibanez hat die Regierungsgewalt einem Militärkabinet übertragen. Die Führung liegt in den Händen des Kapitäns Froden. Dem Kabinet sind unbeschränkte Vollmachten zur Niederdrückung der revolutionären Bewegung übertragen worden.

Die erste Etappe des Polarflugs

Nach etwa sechsstündiger Fahrt erreichte der „Graf Zeppelin“ die Reichshauptstadt. Nachdem das Luftschiff bereits um 16.30 Uhr über den westlichen Vororten Berlins erschienen war, stellte sich heraus, daß die Landung wegen starker Sonnenböden hinausgeschoben werden mußte. Nach einem Absteiger in die Mark erschien das Luftschiff um 17.40 Uhr über dem Flugplatz Staaken. Nach dem nur fünf Minuten dauernden Landungsmanöver wurde das Luftschiff nach seinem Auflegen am Untermaß festgemacht. Zum Empfang der Expeditionsteilnehmer hatten sich als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums Ministerialrat Dr. Wegert eingefunden.

Spionage für Frankreich.

Ein früherer Regierungsassistent zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Reichsgericht verurteilte den 35 Jahre alten Regierungsassistenten Otto Pabst aus Birkenfeld wegen fortgesetzten Verrates von Staatsgeheimnissen und fortgesetzten Verlebens militärischer Spionage zugunsten Frankreichs zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Die empfangenen Spionagegebühren, die sich auf 2000 Mark belaufen, werden eingezogen.

Bei der Urteilsverkündung wurde bekanntgegeben, daß Pabst seine Stellung als Beamter im besetzten Gebiet dadurch aufs schärfste mißbraucht habe, daß er in Birkenfeld, Mainz und anderen Orten eingekerkelte Nachrichten an den französischen Nachrichtendienst hat gelangen lassen, so verschiedene Erlasse des Reichsministeriums des Innern, darunter auch einen Jahresbericht des Reichskommissars für die besetzten Gebiete über seine Tätigkeit im Jahre 1929 im besetzten Gebiet. Mißbräuche umfandten wurden dem Angeklagten unter diesen Umständen verlastet. Von der Verhängung der Höchststrafe hat das Gericht nur abgesehen, weil Pabst bisher noch unbestraft ist und weil er von dem Haupttäter, der in der Zwischenzeit Selbstmord begangen hat, verleitet wurde. Die Verhandlung selbst war unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt worden.

Arbeitsdienst-Verordnung

Inkraftsetzung erfolgt am 3. August.

— Berlin, 25. Juli

Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister der Finanzen haben aufgrund der Verordnung vom 5. Juni eine Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgearbeitet und unterzeichnet. Befehlsgemäß erlangen die neuen Bestimmungen ab 3. August.

Die neue Verordnung ist äußerst umfangreich und besteht aus 20 Artikeln. Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes sind nach Artikel 1 zusätzliche von der Arbeitslosenversicherung anerkannte Arbeiten. Zufällig ist eine Förderung nach Artikel 2 nur insoweit, als die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht wird.

Artikel 3 besagt, daß die Förderung für Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und von Krisenunterstützung gewährt, die mit Zustimmung ihres zuständigen Arbeitsamtes beschäftigt werden. Artikel 4 verfügt u. a., daß die Unterstützung unter gewissen Bedingungen an den Träger der Arbeit gezahlt und von diesem in Sachleistungen an die Arbeitswilligen weitergegeben werden kann.

Artikel 5 gestattet dem Arbeitsamt, soweit besondere Reichsmittel zur Verfügung stehen, Arbeitslosenunterstützung von höchstens zwei Mark wochentlich für höchstens 20 Wochen auch solchen Arbeitsdienstwilligen zu gewähren, die keine Unterstützung erhalten.

Artikel 6 erklärt, daß aus einer Ablehnung oder Aufgabe drei freiwilligen Arbeitsdienstes nicht auf Arbeitsunwilligkeit oder Arbeitslosigkeit durch eigenes Verschulden geschlossen werden darf. Artikel 9 legt die Umstände dar, unter denen auf die Beteiligung von Gemeinden am Kostenaufwand verzichtet werden kann. Den Ausfall trägt das Reich. Artikel 11 schreibt vor, daß der Arbeitsdienstwillige von der Arbeit abgerufen werden muß, wenn ihm eine Arbeitsstelle vermittelt werden kann.

Nach Artikel 17 sind Gemeinden, in deren Bezirk eine als freiwilliger Arbeitsdienst anerkannte Arbeit ausgeführt wird, verpflichtet, Unterkunft und Verpflegung für die Arbeitsdienstwilligen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Bei Streitfällen obliegt der Gemeindeaufsichtsbehörde die als endgültig anzusehende Entscheidung.

Artikel 18 bestimmt, daß Arbeitsdienstwilligen, die bei vollswirtschaftlich wertvollen Arbeiten zwölf Wochen beschäftigt worden sind, ein Betrag von 1,50 Mark für jeden Wochentag auf ihren Antrag hin fortlaufend gutgeschrieben werden kann.

Artikel 19 verfügt, daß der gutzuschreibende Betrag zu 6 v. H. jährlich nachträglich am 1. März fälligen Zinsen für den Arbeitsdienstwilligen auf Erluchen des Landesarbeitsamtes in das Reichsschuldbuch eingetragen wird, wobei die Vorschriften des Reichsschuldbuchgesetzes nach bestimmten Anweisungen sinngemäß anzuwenden sind.

Erntefinanzierung gesichert.

Reichsbank gewährt den notwendigen Rediskontkredit.

Amlich wird mitgeteilt:

„Die unter Leitung des Reichsernährungsministers mit der Reichsbank, den zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstituten und den Vertretern der Landwirtschaft geführten Verhandlungen haben folgendes Ergebnis gehabt:

Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, den zur Finanzierung der Erntebewegung nötigen Rediskontkredit für die Mühlen und die Getreidehändler zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus wird sie über die Rentenbankkreditanstalt zusätzliche Rediskontierungsmöglichkeiten, insbesondere auch für die Warengesellschaften, gewähren, um so die Finanzierung der Getreidebewegung sicherzustellen.

Dieses Eingreifen der Reichsbank eröffnet den Weg für eine geordnete Abwicklung des Getreide- und Mehlverkehrs.“

Forderungen der Gewerkschaften

Gefordert wird: aktive Außenpolitik. — Reichsreform — Bekämpfung der Kapitalflucht.

Der Hauptvorstand der Christlichen Gewerkschaften erläßt eine Rundgebung, deren wesentlichster Teil lautet: „Die Verhandlungen der Staatsmänner haben gezeigt, daß das deutsche Volk und seine Wirtschaft hauptsächlich auf sich selbst angewiesen sind. Wir können und müssen deshalb schleunigst alle Mittel ergreifen, um die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung zu erhalten. Dazu ist notwendig, daß

1. die Bemühungen über das Reparationsfahrlässige hinaus zu weiteren außenpolitischen Entlastungen zu kommen, energig weitergeführt werden;

2. die Reichsreform und die Verwaltungsreform nimmere unverzüglich mit dem Ziele einer Vereinfachung und weitgehenden Verbilligung in Angriff genommen und durchgeführt werden;

3. die Reichsregierung unnachlässig die geflohenen Kapitalien zur Rückkehr zwingt;

4. die meist völlig unmotivierten Abhebungen bei den Geldinstituten aufhören und die abgehobenen Beträge schleunigst wieder eingezahlt werden;

5. das deutsche Bankwesen und gleichzeitig auch das Kartellwesen einer schärferen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden und insbesondere die Leitung der Deutschen Reichsbank von ihren weitgehenden Machtbefugnissen gegenüber den Banken den entschiedensten Gebrauch macht;

6. alsbald die längst notwendige Reform des Aktienrechts vorgenommen wird;

7. die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Wirtschaftskörper gebildet und insbesondere die bestehenden Wirtschaftskammern paritätisch zusammengesetzt werden;

8. die drückendsten sozialen Bestimmungen der Notverordnungen baldmöglichst geändert werden;

9. alle gesetzlichen Handhaben benutzt werden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten.

Schiedspruch für die Eisenindustrie.

Düsseldorf, 25. Juli.

Bei den Tarifverhandlungen in der nordwestlichen Eisenindustrie, die unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Dr. Brahn, in Düsseldorf stattfanden, wurde mit den Stimmen der Gewerkschaften ein Schiedspruch gefällt, der eine Herabsetzung des Lohns für den Facharbeiter von 78 Pfennig auf 75 Pfennig vorsieht und den Tariflohn des Hilfsarbeiters auf 60 Pfennig je Stunde festlegt. Außerdem fällt die Severing-Zulage mit der Maßgabe, daß der Abzug bei den einzelnen Arbeitern anlässlich der Durchführung dieses Schiedspruches auf 5 Pfennig je Stunde beschränkt wird. Die Neuregelung tritt am 1. August in Kraft und läuft bis Ende November d. J. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft am Montag, den 27. Juli, ab.

Sinweis.

Denken Sie immer daran! Wo es gilt, Fett, Schmutz, Ankrustungen und sonstigen Schmier zu entfernen, können Sie gar nichts besseres tun, als nach dem bewährten Mittel zu greifen. Was es auch abzuwaschen und zu säubern gibt, das vielseitige Mittel wird in jedem Fall seinen Mann stehen. Der Schmutz verfliegt, alles Fett weicht wie Butter an der Sonne. Und im übrigen: „Sauberkeit ist's halbes Leben.“

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Sonntag morgen 8 Uhr: Tageswanderung in die Senne (Senneheim). Treffpunkt an der Dorfstraße.

Sonntag nachmittag 2 Uhr: Wanderung zum Senneheim. Treffpunkt Dorfstraße. — (Rucksackverpflegung).

„Was im Rucksack steckt, uns gar herrlich schmeckt.“

Montag abend keine Turnstunden, aber die Harzwanderer punkt 8 Uhr bei mir im Gruppenaal.

Schwester Martha.

Anzeigen aus Bethel.

— Grünkohl-Pflanzen hat abzugeben

Oekonomie Sennhütte, Eckardtsheim b. Bielefeld.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlieffach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anhalt Bethel.

Schuhreparaturen

Damen-Sohlen und Absätze 3.00 RM
Herren-Sohlen und Absätze 3.50 RM

Besohlanstalt August Löh

1. Gütersloherstraße 70, gegenüber der Martinikirche
2. Schildescherstraße 2
3. Brackwede, Hauptstraße 127

Knoblauchzwiebellakt

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauch gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei geflossener Bestellung von 5 Flaschen, liefert ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Adas, Bad Dribbenhausen 4.

Sch Suche

Vertreter(innen)

zum Vertrieb meiner Heimschmuckartikel direkt an Private. Offerten unter A 1758 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Restlose Hühnerausverteilung

Schmerz laß nach

Tube 50 Pf., 2 Tuben franko, Doppelfußbad dazu 40 Pf.

Reformhaus Eden, Bielefeld, Neustädterstraße 8.

Postcheckkonto: Hannover 65598.

Gläub., geb. Mädchen, 24 J., sucht Stellung

als Kontoristin od. Kassiererin. Selbige war 8 Jahre auf dem Büro tätig, ist mit allen Büroarbeiten vertraut. Eintritt 15. August od. später. Anmeldungen an Prediger W. Lüd, Frankendach, Wehlar-Band.

Kurheim Menschel Meddersheim (Nahe)

— Felke, Diät, Fastenkuren —
Luft-, Wasser-, Lehm-, Gymnastik, Massagen
Große Heilerfolge. Prospekte frei.
Tagespreis 6.50—9 Mk.

Moderne

Augenoptik

H. Breder
BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Haus Pniel-Reinbek-Schloß

Kr. Stormarn.
Großer Park mit Liegewiese am Wasser und Sachsenwald. Viel Auslässe, Heide, Elbstrand, Seebäder. Preise entgegenkommend. Kinder allein 1.75 Mk. Sorgf. Betreuung, Küche s. gut. Diät auf Wunsch. Täg. Bibelsunden. Prosp. u. Bild durch Marg. v. Patow

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vortäglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausdachter. Auf Wunsch Diätische. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Sommerfrische

Am Fuße des Teutoburgerwaldes. Schöner großer schattiger Garten. Liegewiese, Liegestühle. Preis 3.75 Mk. Keine Nebenkosten. Frau Wesselmann, Oberknechtungen 307 Station Quelle.

Tüchtige, erfahrene Kindergärtnerin

(staatl. gepr.) nimmt Kinder in gute, liebevolle Pflege und individuelle gewissenhafte Erziehung. Gesunde Lage am Rhein. Wälder, Pensionen. Offerten unter B. G. 4 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Stüge

einfache oder besseres Alleinmädchen, das in Küche und Hausarbeit selbstständig ist, arbeitswillig und gesund, nach Bielefeld gesucht. Angeb. mit Gehaltsanfr., Zeugnis und Lebensl. an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unter A 1754

Vorzüglichen Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Bis Metall-Betten Schlafm. u. Holz. Kinderb., Polster, Chaisel, an jeden. Teils Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)



„Milk- und auf reinen Milchsäure!“

Alles, was mit Milch in Berührung kommt — Milchkannen, -Flaschen, -Gläser, -Töpfe, Säuglingsflaschen — sollte aus gesundheitlichen Gründen stets mit gespült werden! entfernt nicht nur Schmutz und Fett überraschend schnell und gründlich, sondern auch jeden unangenehmen Geruch und desinfiziert zugleich! Milch hält sich besser und frischer in -gespülten Gefäßen;

hat desinfizierende, Fett- und schmutzlösende Eigenschaften zugleich! Daher beim Geschirrspülen, beim Reinigen stets das arbeit- und zeitsparende 1 Eßlöffel reicht für 10 Liter Spülwasser und kostet nur etwa 1 Pfennig.

Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.



Angst und n. Zum Wähl

Der U

Wir Deut zu haben. I eine Leuchte, kens und G nisvolle Won ches Wort n das Wort Be mit dem gen Handelns de (Norne) ist es zu mißtrauer der Oberfläc gründen die „U“.

Das deut reich und An kender Gläu litisch mit de lich werden n „Waffstreet“ merzielles D ver ist nicht Der Stric hält, heißt S tritt, brutal, hin, er ist gu Der Stric street hält, i der gefährlich

Einschaltu haben wir u legt mit Hil zu Sinn und eine sehr ver tung“. Viele ster zu dreh Urfrage. Sie kommerzielle tische. Wei und bei „Kre denken nicht und „Weltwe und verwechs nicht, daß ein kommerzialist eines, das vo Mehrere i Strick gefolg fischen Politi die Wendung zielle Strick Lauern nicht enger an die

Die Zahl Vorchein: — sich etwa nur keit, die mi Rein, die Ur um eine Sar einigen Steue die Ursache i Handelt e öffentlicher s schaft, das wi ten? Nein, d als folger. Einschränkung die Wirtschaft tive Verschul worden, daß Volkes abgen nur um das schweres Gem sich um eine